

Dall'Asta, Eberhard R.

Article — Digitized Version

Wirtschaftliches Wachstum, Preisstabilität und Globalsteuerung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Dall'Asta, Eberhard R. (1970) : Wirtschaftliches Wachstum, Preisstabilität und Globalsteuerung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 9, pp. 555-561

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134172>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WISSENSCHAFT FÜR DIE PRAXIS

Wirtschaftliches Wachstum, Preisstabilität und Globalsteuerung

Dr. Eberhard R. Dall'Asta, Kiel

Die Forderung nach Sicherheit, nach einer allgemeinen stabilen Ordnung, nach wirtschaftlicher Stabilität bei gleichzeitiger stetiger Steigerung des Lebensstandards steht heute im Mittelpunkt politisch-gesellschaftlichen Wollens und Handelns. Wie ein roter Faden durchzieht der Stabilitätsgedanke die Regierungserklärung des Bundeskanzlers¹⁾. Im Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wird dieses Gremium beauftragt aufzuzeigen, „wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können²⁾“.

Wachstum als Ziel

Aus dem hier aufgestellten Zielkatalog, dem „magischen Viereck“, Preisstabilität, Vollbeschäftigung, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und stetiges Wirtschaftswachstum, wollen wir in diesem Artikel zwei Ziele herausgreifen, ihre politische Bedeutung untersuchen und dann fragen, ob die Globalsteuerung, so wie sie zur Zeit in der Bundesrepublik konzipiert ist, beide Ziele annähernd gleich gut anzusteuern vermag.

Untersuchen wir zunächst einmal, ob hinter der Forderung nach einem stetigen wirtschaftlichen Wachstum, einem Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Angebots an Gütern und Dienstleistungen in einer Volkswirtschaft, überhaupt ein

sinnvolles wirtschaftspolitisches Ziel steckt. Warum, so wird heute bereits vereinzelt argumentiert, genügt es nicht, die Aufrechterhaltung des derzeitigen unbestreitbar hohen Lebensstandards der westeuropäischen Industrienationen als völlig ausreichendes, optimales Ziel der Politik anzustreben? Das impliziert z. B. eine Zielvorstellung, bei der stets die gleichen Größen angestrebt werden. Die Investitionen und der private Konsum, Löhne und Preise sollen gewissermaßen auf ihrem heutigen Niveau „eingefroren“ werden.

Dieser Zustand, in der Wirtschaftswissenschaft als „stationär“ bezeichnet, bei dem auf jegliches weiteres Wachstum der Wirtschaft verzichtet wird, ist jedoch bei näherer Analyse gar nicht so vorteilhaft oder erstrebenswert, wie er auf den ersten Blick vielleicht erscheinen mag. An einer Reihe von Beispielen soll das kurz gezeigt werden: Wie bereits in der Vergangenheit so wird auch in der Zukunft der technische Fortschritt Arbeitskräfte in einigen Wirtschaftszweigen verdrängen. Die freigesetzten Arbeiter müssen daher in neue Arbeitsplätze umgesetzt werden. Zu diesem Zweck müssen neue Produkte erstellt oder alte Produktionen erweitert werden, denn nur diese Produktionserweiterung schafft neue Arbeitsplätze für die freigesetzten Arbeiter. Die Integration der durch den technischen Fortschritt freigesetzten Beschäftigten erfordert also wirtschaftliches Wachstum.

¹⁾ Vgl. die Regierungserklärung von W. Brandt vor dem Bundestag am 28. 10. 1969, deren 1. Abschnitt bezeichnenderweise unter dem Motto „Kontinuität und Erneuerung“ stand und deren Motto im Teil III (Wirtschaftspolitik) „Stabilisierung ohne Stagnation“ hieß.

²⁾ Vgl. den § 2 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. 8. 1963.

Eberhard R. Dall'Asta, 30, Dr. sc. pol., Dipl.-Volkswirt, ist Dozent für Politische Bildung und Volkswirtschaftslehre an der Pädagogischen Hochschule in Kiel.

Steigende Kollektivbedürfnisse

Noch bedeutsamer ist eine andere Begründung für die Forderung nach wirtschaftlichem Wachstum. Unsere moderne Industriegesellschaft verlangt von der Wirtschaft neben der Erfüllung von Individualbedürfnissen auch die Erfüllung vielfältiger Kollektivbedürfnisse. Die Verbesserung der sozio-ökonomischen Infrastruktur, der Ausbau des Bildungs- und Gesundheitswesens, die Modernisierung des Verkehrswesens, der Städtebau und die Aufbauhilfe für die Entwicklungsländer stellen die Wirtschaft vor zusätzliche Aufgaben. Sie erfordern ohne wirtschaftliches Wachstum einen für uns beinahe unvorstellbaren Verzicht auf persönlichen, privaten Individualkonsum. Nur dieser Verzicht würde die Umlenkung unseres Produktionspotentials in die für diese Zwecke notwendigen Wirtschaftsbereiche ermöglichen, ohne eine beträchtliche Inflationsrate zu riskieren.

Soziale Reformen

Viele sozialreformerische Vorstellungen sind ebenfalls nur unter der Voraussetzung einer wachsenden Wirtschaft möglich, wenn man nicht ernste gesellschaftspolitische Konflikte riskieren will. Der sozialpolitisch heute allgemein gewünschte Prozeß der Einkommensumverteilung ist weitaus einfacher zu verwirklichen, wenn die Umverteilung nicht überwiegend auf Kosten des Lebensstandards der „zur Kasse gebeten“ Schichten der Bevölkerung, sondern im wesentlichen aus dem wirtschaftlichen Wachstum erfolgt und damit allein auf Kosten des relativen Lebensstandards. Die Reichen werden dann nicht ärmer, aber die Armen werden trotzdem reicher. Wie zentral die hier aufgezeigte Problematik der Einkommensumverteilung tatsächlich ist oder zumindest bald sein kann, zeigt der Bericht der Sozialenquëte-Kommission. In diesem Bericht kommt die Kommission u. a. zu folgendem Ergebnis³⁾: Wegen der Altersstruktur der deutschen Bevölkerung und des dadurch ansteigenden zukünftigen Bedarfs an Geld für die „dynamische Altersrente“ würde schon ein längeres Absinken der realen Zuwachsrates des wirtschaftlichen Wachstums zu einem Zusammenbruch dieser Sozialrente führen.

So wie dieses Beispiel es zeigt, läßt sich ganz allgemein formulieren, daß alle strukturellen Anpassungen der Wirtschaft an veränderte Konstellationen nur in einer wachsenden Wirtschaft bewältigt werden können.

Preisstabilität als Ziel

Das zweite von uns aus dem Gesamtkatalog ausgewählte Ziel, die Forderung nach stabilen Preisen wird dagegen in der wissenschaftlichen Lite-

ratur heute sehr viel differenzierter und kontroverser behandelt. Scherf stellt ganz offen die Frage, ob nicht bei einem Zielkonflikt zwischen Wirtschaftswachstum und Preisstabilität die durch die Inflationsbekämpfung verursachten Wachstumsverluste in vielen Fällen schwerwiegender sind als die Vorteile einer relativen Preisstabilität. Da Scherf dies für nicht unwahrscheinlich hält, empfiehlt er eine deutliche Priorität für das wirtschaftliche Wachstum und eine Entschädigung der Inflationsbetroffenen aus dem wirtschaftlichen Wachstum⁴⁾. Auch Samuelson relativiert die Forderung nach Preisstabilität. Er schreibt: „Gelingt es, den Preisanstieg auf z. B. weniger als 3% jährlich zu beschränken, brauchte eine derart milde und stetige Inflation zu keiner allzu großen Besorgnis Anlaß zu geben⁵⁾.“ Dagegen gibt Schiller für die Bundesregierung eine relativ enge Auslegung des Begriffs Preisstabilität; als Zielgröße nennt er eine zulässige Steigerung von 1% des Preisindex für das Bruttosozialprodukt⁶⁾.

Trotz aller Relativierungen und Streitigkeiten über die tolerierbare Preissteigerungsrate ist das wirtschaftspolitische Ziel einer relativen Preisstabilität, wie eng sie auch immer ausgelegt sein mag, letzten Endes unbestritten. Auch hier ist die politische Begründung wieder sehr vielschichtig. Eine inflationäre Entwicklung trifft die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in der Regel unterschiedlich. Diejenigen, die überwiegend Sparkonten, festverzinsliche Wertpapiere oder Barhorte besitzen, werden relativ ungünstig abschneiden im Vergleich zu den Besitzern von Grund und Boden oder Produktivkapital. Da aber gerade zu der ersteren Gruppe die wirtschaftlich Schwächeren zählen dürften, spricht zunächst einmal das Postulat der „sozialen Gerechtigkeit“ für eine Politik der Preisstabilität. Werden doch sonst ausgerechnet die Vermögen der sozial schwächeren Bevölkerungsteile „entwertet“.

Entscheidender ist jedoch ein zweites Argument. Eine inflationäre Entwicklung kann sich aus sich heraus selbst beschleunigen und zu einer galoppierenden Inflation führen⁷⁾: Anhaltende hektische Preissteigerungen veranlassen die Nachfrager, lieber heute als morgen geplante Käufe zu tätigen. Den hektischen Preissteigerungen folgen daher hektische Nachfragesteigerungen. Diese wiederum verstärken die Preissteigerungstenden-

³⁾ Soziale Sicherung in der BRD. Bericht der Sozialenquëte-Kommission. Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz o. J., S. 165 ff.

⁴⁾ Vgl. H. Scherf: Inflation und Einkommensverteilung. „Weltwirtschaftliches Archiv“, Hamburg, Bd. 100 (1968), S. 270.

⁵⁾ P. A. Samuelson: Volkswirtschaftslehre. 2. vollst. neu bearb. Aufl., Köln-Deutz 1962 (aus dem Amerik. übertr. u. eingel. v. W. Hankel). S. 266.

⁶⁾ K. Schiller: Stabilität und Wachstum als wirtschaftspolitische Aufgabe. „Bulletin d. Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung“, Bonn, Nr. 15 vom 14. 2. 1967.

⁷⁾ Vgl. hierzu z. B. H. Haller: Das Problem der Geldwertstabilität (Urban Bücher, 97). Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz. S. 11.

zen und führen so in eine sich kumulierende Inflation und damit in eine Entwicklung, die sehr leicht in eine allgemeine wirtschaftliche Krise mit kaum abzusehenden Folgen führen kann.

Kompatibilität der Ziele

Fassen wir das bisher Aufgezeigte zusammen, so stellen wir fest, daß die beiden Ziele Preisstabilität und wirtschaftliches Wachstum berechnete und lohnende politische Zielvorstellungen sind. Damit ist aber die eingangs aufgeworfene Problematik nur noch schwerer geworden. Weil keine eindeutige oder doch zumindest über lange Zeiträume hinaus geltende Priorität zwischen beiden Zielen zu erkennen ist, müssen wir jetzt fragen, ob denn beide Ziele in der praktischen Politik miteinander vereinbar sind oder ob sie sich in der Regel widersprechen. Auch diese Frage ist in der Literatur heftig umstritten. Samuelson und Solow ermittelten für die USA in den Jahren von 1929–1959, daß nur bei etwa 5–6 % Unterbeschäftigung (und damit Wachstumsverzicht) Preisstabilität zu erreichen sei. Noch bei 3 % Unterbeschäftigung müsse man mit Preissteigerungen von 4–5 % rechnen⁸⁾. Ähnliche Ergebnisse fand Phillips für Großbritannien in den Jahren von 1861–1957. Er errechnete eine Arbeitslosenquote von 5 % als Voraussetzung für konstante Nominallöhne und Preise⁹⁾.

Vor einer Bagatellisierung des Inflationsproblems bzw. vor einem übertriebenen Wachstumsfetischismus haben auf der anderen Seite eine Anzahl von Autoren gewarnt. Besonders Preiser wehrt sich gegen die scheinbar wissenschaftlich begründbare objektive Notwendigkeit der Erzielung eines maximalen Sozialprodukts. Seiner Meinung nach könnte man ebensogut eine gleichere Vermögensverteilung, mit daraus resultierendem geringerem Wachstum, oder ein geringeres Wachstum der Wirtschaft bei mehr Freizeit der Staatsbürger anstreben. Eine einseitige Förderung des Wachstums ohne Rücksicht auf andere Ziele sei durchaus irrational¹⁰⁾. Dagegen will Scherf, wie bereits dargestellt, die einseitige Forderung nach einer konsequenten Preisstabilität verwerfen und beim Zielkonflikt zwischen Wachstum und Preisstabilität eine ökonomische Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile der Prioritätsentscheidungen zur Grundlage der Entscheidung machen.

⁸⁾ P. A. Samuelson, R. Solow: Analytical Aspects of Anti-Inflation Policy. „American Economic Review“, Papers and Proceedings (1960), S. 187 ff.

⁹⁾ A. W. Phillips: The Relation between Unemployment and the Rate of Change on Money Wage Rates in the United Kingdom, 1861–1957. „Economica“, London, NS., Vol. 25 (1958), S. 283 ff.

¹⁰⁾ Vgl. E. Preiser: Wirtschaftliches Wachstum als Fetisch und Notwendigkeit. In: E. Preiser, Wirtschaftspolitik heute (Beck'sche Schwarze Reihe, Bd. 51). 2. Aufl., München 1969, S. 152.

Tatsächlich dürfen wir wohl behaupten, daß das Ziel weder radikale Preisstabilität noch maximales wirtschaftliches Wachstum heißen kann, sondern nur danach gefragt werden darf, welches Wachstum mit welcher gerade noch tolerierbaren Preissteigerungsrate erzielt werden soll.

Wachstum ohne Inflation

An dieser Stelle müssen wir uns nun mit einer Behauptung auseinandersetzen, die besonders in der Populärliteratur vertreten wird. Danach ist eine leichte Inflation der notwendige Preis für ein stetiges wirtschaftliches Wachstum. Im Jahresbericht für 1968 legt die Deutsche Bundesbank eine Untersuchung über diese Frage vor. Daraus geht eindeutig hervor, daß diese populäre These keinesfalls in der ökonomischen Entwicklung der Bundesrepublik eine empirische Stütze findet¹¹⁾. Zu einem ganz ähnlichen Ergebnis kommt eine Reihe anderer Autoren. Samuelson schreibt: „Fast alle Perioden einer gesunden schöpferischen kapitalistischen Entwicklung stan-

¹¹⁾ Vgl. Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1968. S. 26.

Der ganze Energemarkt und die mineralische Rohstoffwirtschaft in einem Band

Jahrbuch für Bergbau, Energie Mineralöl und Chemie 1970

Angaben über Personalien, Betriebsstruktur, Kapital und Beteiligungsverhältnisse jeder Gesellschaft ■ Aufbau und Verflechtung der Unternehmungen und der Wirtschaftszweige.

1200 Seiten wirtschaftlicher Informationen
■ 5000 Firmen und Dienststellen ■ 8000 Namen leitender Personen ■ Sprechende farbige Karten ■ Kunstledereinband: nur 32 DM

VERLAG GLÜCKAUF GMBH · 43 ESSEN

den bislang noch im Zeichen stabiler oder leicht ansteigender Preise¹²⁾“. Bombach protestiert energisch gegen die populäre These: „Die oft ohne Prüfung der Fakten behauptete positive Korrelation zwischen Wachstumsrate des Sozialproduktes und der Rate des Preisanstiegs ist nicht nachweisbar. Es gibt sogar bedeutende Beispiele negativer Korrelation... Es bedarf keiner Inflation, um rasches Wachstum zu gewährleisten... Aber es muß dann zugleich zugegeben werden, daß ein künstliches Abbremsen des Wachstums nicht nur ein gefährliches, sondern womöglich auch untaugliches Verfahren der Bekämpfung der Inflation ist¹³⁾.“

Noch einen Schritt weiter geht Vosgerau. Er schließt nicht aus, daß in bestimmten Situationen eine angeblich wachstumsfördernde leichte Inflation tatsächlich sogar zu einem Effizienzverlust führen kann infolge der dadurch bedingten Hemmung struktureller Veränderungen¹⁴⁾. Er fährt dann fort: „Ob dieser Effizienzverlust das mögliche Wachstum mehr einschränkt als die andernfalls in Kauf zu nehmende Arbeitslosigkeit, ist nicht gelöst¹⁵⁾.“ Ökonometrische Berechnungen von Ott bestätigen die Bombachsche These völlig. Seine empirischen Untersuchungen der Entwicklung in 14 Ländern für die Jahre 1955–1965 gipfeln in der Feststellung: „Die empirischen Untersuchungen, deren Zahl sich leicht vergrößern ließe, lassen einen eindeutigen, straffen Zusammenhang zwischen der Veränderungsrate des Preisniveaus und der Wachstumsrate des realen Sozialproduktes nicht erkennen¹⁶⁾.“

Für unsere Fragestellung ergibt sich daher das Problem, wie sich nun eine Regierung zu verhalten hat, die in einer marktwirtschaftlichen Ordnung beide Ziele anstrebt. Welche Instrumente stehen ihr zur Verfügung, und welche Erfolgchancen bestehen?

Grundlagen der Globalsteuerung

Bevor wir uns dieser Frage im einzelnen zuwenden, soll kurz dargestellt werden, was denn eigentlich die theoretische Fundierung der Globalsteuerung ist und wie sie funktioniert. Zu diesem Zweck müssen wir zwei Begriffe aus der ökonomischen Theorie unterscheiden, nämlich die mikroökonomische und die makroökonomische

Betrachtungsweise. Bei einer mikroökonomischen Analyse untersuchen wir beispielsweise das Verhalten eines bestimmten Wirtschaftssubjekts; wir betrachten die Reaktionen eines Verbrauchers, die Aktionen eines Unternehmers oder den politischen Willen einer speziellen staatlichen Instanz. Von einer makroökonomischen Analyse sprechen wir dagegen, wenn wir Gruppen solcher eben geschilderter Wirtschaftssubjekte betrachten. Wir addieren eine größere Zahl individueller Wirtschaftssubjekte zu einem Aggregat, einem Kollektiv. Dabei ist allerdings zu beachten, daß nur die Wirtschaftssubjekte sinnvollerweise zusammengefaßt werden können, die bestimmte für die Fragestellung der Untersuchung wichtige Gemeinsamkeiten in ihren wirtschaftlichen Aktionen und Reaktionen aufweisen.

Die Globalsteuerung beruht eben auf diesem makroökonomischen Ansatz. Die Aggregate oder Sektoren werden üblicherweise aus der Summe der privaten Verbraucher, der Summe der privaten Unternehmer, aus allen die inländische Wirtschaft beeinflussenden Trägern des Außenhandels und aus den staatlichen Instanzen gebildet. Die privaten Verbraucher beeinflussen dabei die gesamtwirtschaftliche Nachfrage durch ihren privaten Konsum (C_{pr}), die privaten Unternehmer durch ihre Nachfrage nach Investitionen (I_{pr}), die Träger des Außenhandels beeinflussen die Nachfrage durch den Saldo aus ihren Exporten und Importen ($Ex-Im$), und die staatlichen Instanzen über die öffentlichen Haushalte durch die Ausgaben des Staates für Güter und Dienstleistungen (A_{st}). Diesen aggregierten makroökonomischen Komponenten der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage stehen zwei aggregierte Sektoren des gesamtwirtschaftlichen Angebots gegenüber; die Güter- und Dienstleistungsproduktion für die Investition (I_A) und für den privaten Konsum (C_A).

Preisniveaustabilität

Wäre es nun das Ziel der Wirtschaftspolitik, mit der Globalsteuerung eine absolute, allgemeine Preisstabilität zu erreichen oder zu erhalten, so müßten auf allen Güter- und Dienstleistungsmärkten Angebot und Nachfrage bei den im Augenblick bestehenden Preisen im Gleichgewicht sein und bleiben. Jede Vergrößerung des Angebots auf einem Markt müßte von einer gleichzeitigen Nachfragesteigerung begleitet sein. Jeder Nachfragesenkung müßte eine augenblickliche Drosselung des Angebots folgen. Solch eine wirtschaftliche Situation dürfte jedoch niemals erreichbar sein. Daher streben wir keine derartige, absolute Preisstarrheit, sondern eine Preisniveaustabilität an. Die Preise sollen nur im Durchschnitt

12) P. A. Samuelson, a. a. O., S. 269.

13) G. Bombach: Ursachen der Nachkriegsinflation und Probleme der Inflationsbekämpfung. In: Stabile Preise in wachsender Wirtschaft. E. Schneider zum 60. Geburtstag. Hrsg. v. G. Bombach. Tübingen 1960. S. 192 f.

14) Vgl. H. J. Vosgerau: Wachstum und Stabilisierung. In: Fragen der wirtschaftlichen Stabilisierung. Hrsg. v. A. E. Ott. Tübingen 1967. S. 17 f.

15) Ebenda, S. 18.

16) A. E. Ott: Magische Vielecke. In: Fragen der wirtschaftlichen Stabilisierung, a. a. O., S. 106 f.

stabil bleiben, Preissteigerungen und -senkungen sollen sich derart ausgleichen, daß das Niveau, bzw. der Durchschnitt aller Preise oder bestimmter ausgewählter Preise konstant bleibt. Dieses Ziel läßt sich verkürzt durch folgenden Ausdruck veranschaulichen:

$$I_A + C_A = C_{Pr} + I_{Pr} + \underbrace{I_{St} + C_{St}}_{A_{St}} + (Ex - Im)$$

Bed.: $\bar{P} = \text{const.}$

Bei den herrschenden Preisen ($\bar{P} = \text{const.}$) soll das gesamtwirtschaftliche Angebot an Gütern und Dienstleistungen ($I_A + C_A$) gleich der gesamtwirtschaftlichen effektiven monetären Nachfrage sein.

Die Methode der Globalsteuerung können wir nun einfach skizzieren: Die Vorausberechnungen sollen für die in der Gleichung dargestellten Sektoren auf der Angebots- und Nachfrageseite eine insgesamt größere monetäre Nachfrage ergeben, als sie die zu den herrschenden Preisen bewerteten Angebotsgüter decken können. Würde man dieser Entwicklung tatenlos zusehen, so würde die überschüssige Nachfrage die Preise des nicht ausreichenden Güterangebots so lange in die Höhe treiben, bis ein monetäres Gleichgewicht allerdings zu gestiegenen Preisen erreicht ist. Die Anpassung von Angebot und Nachfrage würde über die Preiserhöhungen erfolgen. Die obige Gleichung wäre zwar erfüllt, aber die Nebenforderung eines stabilen Preisniveaus wäre verletzt.

Die Globalsteuerung soll aber eben diese Preissteigerungen verhindern. Zu diesem Zweck muß versucht werden, durch globale Einwirkung auf die Sektoren die Nachfrage so weit zu senken, bis sie bei den konstant vorgegebenen Preisen in ihrem Wert dem Wert des Angebots entspricht. Die Besonderheit der Globalsteuerung liegt dabei darin, daß die verantwortlichen Wirtschaftspolitiker nicht direkt auf das einzelne Wirtschaftssubjekt Einfluß nehmen, nicht direkt auf den ver-

schiedenen Märkten intervenieren, sondern nur die makroökonomischen Sektoren ganz allgemein zu beeinflussen suchen. Schiller formuliert: „Die optimale Zuordnung der Lenkungsmittel besteht demnach in der kombinierten Anwendung des Prinzips der Selbststeuerung für die Mikrorelationen und der Globalsteuerung für die Makrorelationen¹⁷⁾.“ Die einzelnen Wirtschaftssubjekte sollen also weitgehend frei entscheiden können über ihr Verhalten. Der Staat versucht nur global auf die Aggregate einzuwirken. Nach Schlecht dient die Globalsteuerung nicht so sehr dem individuellen Zwang als vielmehr der Planung und Koordinierung wirtschaftspolitischer Aktionen und der Berücksichtigung gesamtwirtschaftlicher Interdependenzen. Die Zielkonflikte sollen erkennbarer werden, und die Konsequenzen wirtschaftlicher Maßnahmen sollen aufgedeckt werden: „Ordnungspolitisch sind gesamtwirtschaftliche Zielprojektionen so lange mit der Marktwirtschaft vereinbar, als sie sich auf gesamtwirtschaftliche Größen beschränken und nicht verbindlich sind. Die numerischen Größen der gesamtwirtschaftlichen Zielprojektionen sind auch für die staatliche Globalsteuerung nur Orientierungshilfen und werden nicht auf Biegen und Brechen verwirklicht¹⁸⁾.“

Wachstumsförderung durch Globalsteuerung

Kommen wir noch zu der wichtigen Frage, ob die Globalsteuerung und mit ihr die „konzertierte Aktion“ wirtschaftspolitische Instrumente sind, die für die Erreichung beider Ziele (Preisstabilität und wirtschaftliches Wachstum) Erfolg versprechen, oder ob sie mehr dem einen als dem anderen Ziel dienen und ob die Möglichkeit besteht, daß mit der besonderen Herausstellung dieser Instru-

¹⁷⁾ K. Schiller: Preisstabilität durch globale Steuerung der Marktwirtschaft (Walter Eucken Institut. Vorträge und Aufsätze, 15). Tübingen 1966. S. 21.

¹⁸⁾ O. Schlecht: Konzertierte Aktion als Instrument der Wirtschaftspolitik (Walter Eucken Institut. Vorträge und Aufsätze, 21). Tübingen 1968. S. 25.



Der neue „Eichborn“ gibt auf alle Fragen richtig Antwort

Die 3., völlig überarbeitete und um rund 25 000–30 000 auf insgesamt 120 000 Eintragungen aus allen Bereichen der Wirtschaft, des Handels, der Politik, der Verwaltung und Diplomatie sowie aus dem Bereich von Behörden und Organisationen erweiterte Neuauflage des „Wirtschaftswörterbuches“ ist – wie schon die beiden vorangegangenen Ausgaben – das Standardwerk schiechthin, das sich in der Praxis als unentbehrlich erwies.

Reinhart von Eichborn

Wirtschaftswörterbuch

Band I Englisch-Deutsch 1056 Seiten, Band II Deutsch-Englisch 1113 Seiten
Leinen, je Band 75 DM

Econ Verlag GmbH · Düsseldorf

mente bewußt oder unbewußt eine implizierte Rangordnung zwischen beiden Zielen anerkannt oder hingenommen wird.

Der Staat hat auch in einer nur global gesteuerten Wirtschaft genügend Raum, um das Wachstum zu forcieren. Gezielte Steuersenkungen, Exportförderung, Subventionszahlungen oder die direkte Erhöhung der staatlichen Ausgaben für Güter und Dienstleistungen erreichen relativ schnell und ohne allzu große politische, parlamentarische Schwierigkeiten eine gesamtwirtschaftliche Nachfragesteigerung, die in der Regel eine wichtige Voraussetzung für das wirtschaftliche Wachstum darstellt¹⁹⁾.

Zwischen Globalsteuerung und wirtschaftlichem Wachstum gibt es also keinen immanenten Gegensatz. Die Globalsteuerung ist ein gutes Mittel, um das Ziel des Wachstums zu fördern. Wenn auch bei der Beratung über die im einzelnen zu fördernden Sektoren parlamentarische Auseinandersetzungen der verschiedenen Interessengruppen zu erwarten sind, so gibt es doch im politischen Bereich keine prinzipiellen, institutionellen Hemmnisse, die die Funktionsgerechtigkeit der Globalsteuerung bei der Förderung des wirtschaftlichen Wachstums behindern könnten.

Bekämpfung inflationärer Tendenzen

Schwieriger und viel weniger eindeutig wird es, wenn wir die Erfolgchancen der Globalsteuerung bei der Bekämpfung inflationärer Tendenzen untersuchen. Stellen wir uns beispielsweise vor, was geschieht, wenn eine Regierung die Steuern erhöht, um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu drosseln. Zwar können wir mit ziemlicher Sicherheit einen Rückgang der Nachfrage erwarten, aber das allein genügt keinesfalls, um auch einen Preisabfall zu erwarten. Entscheidend für die Preisentwicklung sind keineswegs in erster Linie makroökonomische Aktionen, sondern die Wirkungen auf den einzelnen Märkten. Wir müssen in unserem Beispiel sorgfältig untersuchen, auf welchen Märkten sich in welchem Ausmaß die Steuererhöhungen auswirken. Denkbar wäre im ungünstigsten Fall folgendes: Die Nachfragesenkung wirkt sich nur auf Märkten aus, in denen die Unternehmer bereits vorher unter strukturellem Nachfragerückgang zu leiden hatten und nur geringe, unterdurchschnittliche Gewinne erzielten. Die Unternehmer dieser Branchen werden also keinesfalls mit Preissenkungen reagieren können, sondern eher mit der Einstellung der Produktion. Die Grenzbetriebe der Branche werden aus dem

¹⁹⁾ Daher sehen kritische Beobachter der Globalsteuerung in ihr nicht etwa ein Instrument zur Sozialisierung der privatwirtschaftlichen Gewinne als vielmehr in ihr die Gefahr, daß die staatlich geförderten Gewinne privatisiert, aber die privatwirtschaftlichen Verluste sozialisiert werden und damit das unternehmerische Risiko, die ökonomische Begründung des privatwirtschaftlichen Gewinns, praktisch auf Null reduziert wird.

Produktionsprozeß ausscheiden mit dem Ergebnis, daß dadurch auch das Angebot auf diesem Markt sinkt; und zwar wird dieser Prozeß so lange anhalten, bis Angebot und Nachfrage zu den früheren Preisen wieder im Gleichgewicht sind. Andererseits müssen die Bereiche, in denen eigentlich die inflationäre Entwicklung vorangetrieben wird, nicht notwendigerweise durch die Steuererhöhung betroffen werden. Sehr oft sinkt gerade auf diesen Märkten die Nachfrage durch globale Dämpfungsmaßnahmen nur geringfügig, so daß die Unternehmer dieser Bereiche gar keinen Anlaß haben, ihre Preise zu überprüfen. Ehe also auch in diesen Bereichen entscheidende Nachfrageänderungen auftreten, müssen so drastische globale Dämpfungsmaßnahmen von der Regierung beschlossen werden, daß damit in vielen anderen Wirtschaftsbereichen eine empfindliche Abnahme der Beschäftigtenzahl einhergehen kann.

Pauschale Wirkungen

Ganz ähnlich wie in unserem Beispiel treffen auch alle anderen globalen Maßnahmen zur Bekämpfung einer inflationären Entwicklung die Wirtschaft in der Regel viel zu pauschal, so daß bei dieser Preisstabilitätspolitik wichtige andere wirtschaftliche Ziele wie Vollbeschäftigung oder Wachstum empfindlich getroffen werden. Gerade weil die Globalsteuerung nur global eingreift, wird sie sich in der Regel bei der Erhaltung oder bei der Erreichung der Preisstabilität sehr schwer tun. Sie trifft – ähnlich wie die Geld- und Kreditpolitik der Bundesbank – alle Bereiche mit der gleichen Schärfe. Sie wirkt auf die für die Preissteigerungen verantwortlichen Bereiche nicht stärker ein als auf die, die an dieser Entwicklung keine Schuld trifft. Es ist nicht einmal ausgeschlossen, daß die primär Verantwortlichen in bestimmten Situationen weniger hart getroffen werden. Die parlamentarischen Folgen solcher globaler Maßnahmen sind uns allen hinreichend bekannt. Die ungerechterweise Geschädigten verlangen Ausgleichszahlungen, oder sie versuchen, die staatlichen Maßnahmen zu durchkreuzen. (Jüngstes Beispiel waren die Ausgleichszahlungen für die Aufwertungsverluste der deutschen Landwirtschaft.) Die Erfolgchancen der Globalsteuerung bei der Bekämpfung von Preissteigerungen sind daher von der Ziel-Mittel-Betrachtung her weniger erfolgversprechend, und außerdem sind ihre Maßnahmen politisch weitaus schwieriger durchzusetzen, als dies bei der Förderung des Wachstums der Fall ist.

Unsere kurze Betrachtung der Beziehungen zwischen Wachstum, Preisstabilität und Globalsteuerung hat einen engen Zusammenhang zwischen der Globalsteuerung und dem wirtschaftlichen Wachstum aufgezeigt. Offenbar ist die Global-

steuerung besser zur Wachstumsförderung oder -dämpfung als zur Erhaltung stabiler Preise geeignet. Sie kann nur sehr schwer die tatsächlichen Ursachen der Inflation bekämpfen. Sie wirkt eigentlich nur auf konjunkturell bedingte Preissteigerungen. Diese bilden jedoch längst nicht die einzige, wahrscheinlich nicht mal die wichtigste Ursache für eine schleichende Inflation. Untersuchungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften führen weniger als die Hälfte aller Preissteigerungen auf konjunkturelle Ursachen zurück. Der größere Teil wird danach durch administrativ verursachte (öffentliche Tarife, Landwirtschaft, Mieten) oder durch strukturell bedingte Preiserhöhungen (geringere Rationalisierungsmöglichkeiten in Dienstleistungsbereichen) erklärt²⁰⁾.

Differenzierung der Globalsteuerung

Die populäre Formulierung, die schleichende Inflation ist das von uns allen zu erbringende Opfer für das notwendige wirtschaftliche Wachstum, ist also kaum haltbar. Schon eher können wir behaupten, die Inflation ist der Preis für eine Wirtschaftspolitik, die dem einzelnen Wirtschaftssubjekt einen weiten Freiheitsbereich überläßt; die zwar global zu steuern versucht, dabei aber letzten Endes den individuellen staatlichen Zwang weitgehend ablehnt.

Eine solche Politik gibt aber nicht nur den Individuen eine großen Freiheitsbereich, sondern auch den Verbänden und sichert deren Macht. Da trotz aller Versuche zur Organisation der Verbraucher diese in unserer Gesellschaft immer noch eine der politisch schwächsten Gruppen sind, wird auch die Konzertierte Aktion nur begrenzt die Preisstabilität als gleichrangiges Ziel neben anderen Verbandsinteressen gelten lassen. Auch die Konzertierte Aktion wird nämlich eher zum Aushandeln von Gruppeninteressen als zum ausschließlichen rationalen Abwägen führen. Solange sich einzelne Gruppen, Branchen, Einzelgewerkschaften oder bestimmte staatliche Instanzen von einer inflationären Entwicklung Einkommens-, Vermögens- oder allgemeine politische Vorteile kurzfristiger oder langfristiger Art versprechen, solange werden sie die schleichende Inflation als kleineres Übel ansehen. Alle scheinbar noch so rationalen Argumente werden dann nur zur Verdunkelung der eigenen Interessen benutzt. Aufgabe einer Politik der Preisstabilität ist es dann, in erster Linie das Verhalten bestimmter Gruppen zu kontrollieren und aufzuhellen. Dafür ist das heutige Modell der Globalsteuerung noch denkbar unge-

eignet, weil es viel zu wenig nach der Interessenslage differenziert. In den heute gebildeten Sektoren sind noch viel zu differenzierte Individualinteressen zusammengefaßt. Wer die Unternehmer aller Branchen und aller Betriebsgrößen als einen in seinem Verhalten relativ homogenen Block betrachtet und damit von jeglichem Wettbewerb zwischen den einzelnen Subjekten des Sektors abstrahiert, wird auch nur sehr allgemeine Schlußfolgerungen als Ausgangspunkt für die praktische Politik erhalten, zu allgemeine, wie man befürchten muß.

Die Zukunft der Globalsteuerung könnte also in ihrer stärkeren Differenzierung liegen. Zwar wird durch diese Variation die Anzahl der Sektoren vergrößert und die Übersichtlichkeit und Einfachheit wird darunter leiden, aber letzten Endes werden wir dann mit besseren Prognosen und daraus abgeleiteten wirtschaftspolitischen Hilfen rechnen können. Allerdings sollten Fachwissenschaftler wie Wirtschaftspolitiker dabei immer berücksichtigen, daß die bessere Funktionsfähigkeit der Globalsteuerung nur dadurch erreicht wird, daß der Freiheitsspielraum des einzelnen handelnden Wirtschaftssubjektes kleiner wird.

Potonnier/Potonnier

WÖRTERBUCH FÜR WIRTSCHAFT, RECHT UND HANDEL

Band I Französisch-Deutsch
Ganzleinen, 1506 Seiten

DM 100,-

Naxerová

TECHNISCHES WÖRTERBUCH

Band I Tschechisch-Deutsch
Ganzleinen, 1095 Seiten

DM 50,-

Ausführliche Information durch Prospekte und schnelle portofreie Lieferung sichert Ihnen zu

**BRUCKNER VERLAG
VERSANDBUCHHANDLUNG**

**6200 WIESBADEN
POSTFACH 1484**

²⁰⁾ Vgl. L. B u B m a n n: Voraussetzungen und Grenzen der Globalsteuerung. In: Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftsgestaltung. Festschrift für B. Gleitze zum 65. Geburtstag. Hrsg. v. F. Lenz. Berlin 1968. S. 211 ff.